

Gifteleien zwischen Basel-Stadt und Basel-Landschaft sind wieder salonfähig geworden **SEITE 19**

Der Tierarzt ist heute auch für die richtige Fütterung und die Betriebsrendite zuständig **SEITE 21**

Wirtschaft will den Lehrplan 21

2016 wird sich zeigen, welche Breitenwirkung der Widerstand gegen das Reformprojekt hat

Der Lehrplan 21 kommt in den ersten Kantonen vors Volk. Für das Reformprojekt sind diese Stimmungstests entscheidend. Bisher waren vor allem die Gegner zu hören, nun werden die Befürworter aktiv – und holen die Wirtschaft an Bord.

ERICH ASCHWANDEN, DANIEL GERNY

Die Landsgemeinde im Kanton Appenzell Innerrhoden ist jeweils ein regionales Highlight, doch in diesem Jahr blickt die gesamte schweizerische Landschaft gespannt nach Appenzell: Dort entscheiden die Stimmberechtigten am 24. April über eine Einzelinitiative

Störmanöver aus Nostalgia

Kommentar auf Seite 15

tive unter dem Titel «Für eine starke Volksschule». Das Begehren verlangt, dass künftig das Kantonsparlament und via fakultatives Referendum gar das Volk und nicht bloss die Landesschulkommission über die Lehrpläne entscheidet. Es ist der erste Volksentscheid dieser Art im Land. Der Initiator will mit diesem Vorgehen erklärtermassen die Einführung des Lehrplans 21 verhindern. Wie die Landsgemeinde entscheidet, ist offen.

Volksabstimmung im Baselbiet

Vierorts versuchen die Gegnerinnen und Gegner, den Entscheid über den Lehrplan 21 durch eine solche Kompetenzverlagerung auf die politische Ebene zu hieven – und das Projekt so zu verhindern. Bereits im Juni folgt die nächste Bewährungsprobe vor dem Volk – dieses Mal an der Urne. Der Kanton Basel-Landschaft entscheidet ebenfalls über eine Initiative, die die Genehmigung der Lehrpläne von einem Fachgremium auf das Kantonsparlament übertragen will. Klar ist, dass die Einführung des umstrittenen Lehrplans auf der Baselbieter Sekundarstufe mehr als schwierig wird, wenn die Initiative angenommen wird. Die Opposition ist inzwischen so breit abgestützt, dass allgemein mit einer Zustimmung zur entsprechenden Initiative gerechnet wird. Ähnliche Volksbegehren sind in zahlreichen anderen Kantonen unterwegs (vgl. Karte).

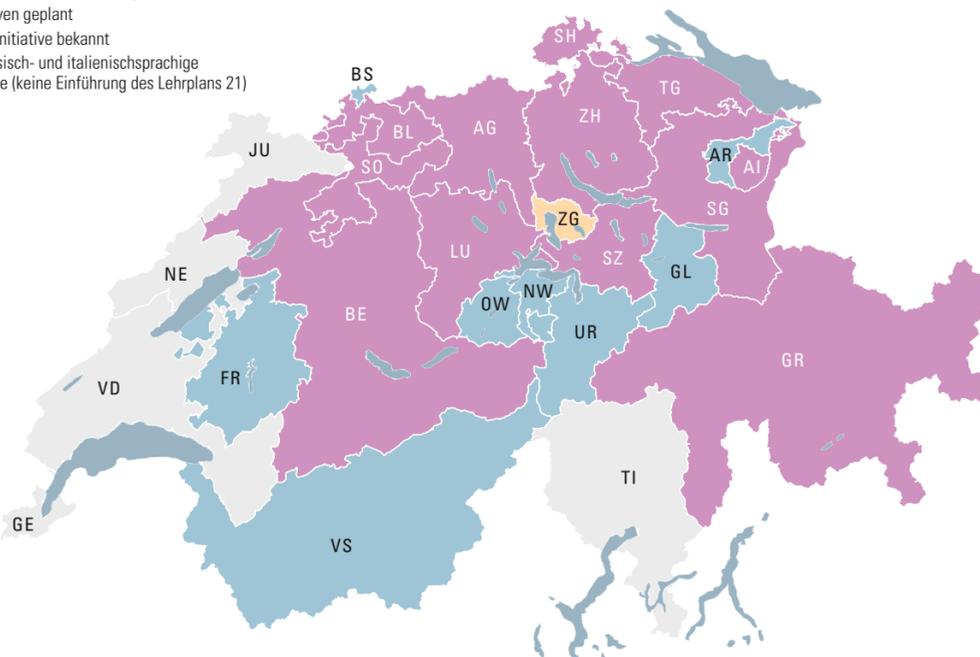
Die Kritik am Lehrplan 21

dgy/ase. · Im Harnos-Konkordat, das Ziele des Unterrichts und Schulstrukturen festlegt, wird die Harmonisierung der Lehrpläne auf sprachregionaler Ebene postuliert. Im Lehrplan 21 werden die Lernziele für den Unterricht aller Stufen der Volksschule geregelt. Er soll zum wichtigsten Planungsinstrument für Schulen und Bildungsbehörden werden. Kritisiert wird er aus diversen Gründen:

Der neue Lehrplan ist nach dem Prinzip der Kompetenzorientierung aufgebaut. Wichtig ist nicht nur, dass ein bestimmter Lernstoff unterrichtet wird, sondern, dass die Schüler damit umzugehen verstehen. Die Gegner sehen darin einen Abbau der Wissensvermittlung: Künftig genüge es, wenn der Schüler das Einmaleins kenne und wisse, wo er es finden könne. Er müsse es aber nicht mehr beherrschen – nach dem Motto: Wozu auch, es gebe ja Taschenrechner.

Wo das Volk über den Lehrplan 21 abstimmen soll

- Initiativen lanciert oder eingereicht
- Initiativen geplant
- Keine Initiative bekannt
- Französisch- und italienischsprachige Kantone (keine Einführung des Lehrplans 21)



QUELLEN: KOMITEE «JA ZU EINER GUTEN BILDUNG», NZZ

NZZ-Infografik/lea.

Rscannzz-elV01

Doch wird dadurch das Reformprojekt ernsthaft gefährdet? Ist der Widerstand im Baselbiet, wo die Diskussionen über den Lehrplan begannen, genügend stark, um einen Dominoeffekt in der ganzen Schweiz auszulösen? Die Gegner hoffen darauf: Der grüne Bildungspolitiker Jürg Wiedemann, der sich wegen Bildungsfragen mit seiner Partei zerstritten hat, stellt fest, dass der Lehrplan längst nicht mehr nur von konservativen Gruppierungen abgelehnt werde. Das Baselbiet sei in Bildungsfragen schon früher Vorreiter gewesen. Sprechere sich das Volk für die Initiative aus, müsse dies als Ausdruck eines breiten Unbehagens auch mit Blick auf andere Kantone gewertet werden.

Diffuses Unbehagen

«Diese Volksabstimmungen werden kein Spaziergang», erklärt vor diesem Hintergrund der Schaffhauser Erziehungsdirektor Christian Amsler, der die Deutschschweizer Erziehungsdirektorenkonferenz (D-EDK) präsidiert. Dort ist man sich der Wichtigkeit der anstehenden Volksentscheide inzwischen sehr wohl bewusst, nachdem der Widerstand zuerst lange eher unterschätzt

worden war. Sorge bereitet den Bildungsdirektoren vor allem ein diffuses Unbehagen breiter Bevölkerungskreise gegenüber Schulreformen. Es bestehe die Gefahr, dass sich die Stimmbürger gar nicht wirklich mit dem Lehrplan 21 auseinandersetzen, sondern die Debatte darüber zum Anlass für generelle Unmutsbezeugungen nähmen.

Wirtschaft will Selbständigkeit

Anzeichen dafür gibt es: Aus einer anfänglich vorwiegend konservativ oder eher rechtsbürgerlich geprägten Skepsis ist eine unübersichtliche und durchmischte Allianz geworden. Im Dezember sorgte beispielsweise der Bieler Lehrer Alain Pichard mit einer Streitschrift mit dem Titel «Einspruch!» für Nervosität. Darin äusserten sich linke Politiker, Bildungswissenschaftler und Kulturschaffende kritisch zum Projekt. Die unterschiedlichen Motive sowie die Heterogenität der Gegnerschaft führen dazu, dass die ohnehin schon komplexe Diskussion schwer fassbar und inhaltlich teilweise diffus wird.

Inzwischen werden auch die Befürworter aktiv: Die D-EDK erarbeitet derzeit für die Kantone ein Argumenta-

rium, das der Kritik von rechts und links Contra bieten soll. «Ausserdem sind wir daran, wichtige Player an Bord zu holen, die uns in den anstehenden Abstimmungskämpfen unterstützen. Dazu gehören die Wirtschaft, das Gewerbe und die Lehrerschaft», erklärt Amsler.

Interessanterweise bezeichnet Ivo Zimmermann vom Verband der Schweizer Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie (Swissmem) die Kompetenzorientierung als zentral für die Wirtschaft – und verteidigt damit just das amstrittenste Element der Reform (vgl. Kasten). «Die Kompetenzorientierung, sprich, sich die Fähigkeit zu erarbeiten, Probleme zu lösen, ermöglicht einen nahtlosen Übergang von der Sekundarstufe in die Berufslehre», davon ist Zimmermann überzeugt.

Parlamente für Lehrplan

Swissmem will in erster Linie seinen Mitgliederfirmen die Bedeutung und Relevanz des Lehrplans 21 klarmachen. Sie sollen anschliessend in den Kantonen ihren Beitrag leisten, dass das Reformprojekt wie geplant in der ganzen Deutschschweiz eingeführt werden kann. Der Schweizerische Gewerbeverband hat die kantonalen Gewerbeverbände über die Vorlage informiert und empfohlen, diese auf kantonaler Ebene zu unterstützen. Auch Economiesuisse hält die Einführung des Lehrplans für vordringlich: «Bildung muss zu einer selbständigen Lebensweise befähigen», erklärt Stefan Vannoni von Economiesuisse. Der Lehrplan 21 bringt in dieser Hinsicht zahlreiche Vorteile. Vannoni betont dabei aber, dass der Verband die kantonale Bildungshoheit respektiere.

Dafür, dass die Bildungsdirektoren mit ihren Argumenten durchdringen, sprechen die bisherigen Entscheide in den kantonalen Parlamenten. Die Gegner des Lehrplans sind auch auf dieser Ebene äusserst aktiv – bisher allerdings praktisch ohne Erfolg: Mit Ausnahme des Landrates im Kanton Baselland haben bisher alle Parlamente Vorstösse für eine Verschiebung der Einführung des neuen Lehrplans oder zur Verlagerung der Entscheidbefugnis an politische Instanzen klar abgelehnt. Die Volksentscheide zum Lehrplan im Verlaufe dieses Jahres – sie werden deshalb für das Reformprojekt zu entscheidenden Examen.

Fremdsprachen-Verbot auf dem Pausenplatz

Mit bis zu 550 Franken wird bestraft, wer auf dem Areal der Primarschule Egerkingen kein Deutsch spricht. Das Verbot von Fremdsprachen sei ein schwerwiegender Eingriff in die Grundrechte, sagt ein Rechtsprofessor.

BOAS RUH

Die Solothurner Gemeinde Egerkingen verbietet ihren Primarschülern, auf dem Pausenplatz eine Fremdsprache zu sprechen. Eine entsprechende Regelung soll nach dem Willen des Gemeinderats im Sommer in Kraft treten. Für den Rechtsprofessor Markus Schefer von der Universität Basel ist dies ein Eingriff in die verfassungsmässig garantierten Grundrechte. Doch unter Umständen sei die Sprachregelung dennoch zulässig. «Es müssen schwerwiegende Probleme vorliegen. Nur wenn ein ordentlicher Schulbetrieb ohne das Verbot nicht aufrechterhalten werden kann, ist eine solche Massnahme angebracht», sagt Schefer.

Strafmassnahme Deutschkurs

Die Egerkingener Gemeindepräsidentin Johanna Bartholdi (fdp.) begründet die Sprachregelung mit der Ausgrenzung von Schweizer Kindern, wenn ihre Gspännli nicht Hochdeutsch oder Mundart sprechen. Die neue Ausführungsbestimmung zur Schulordnung sieht dreistufige Sanktionsmassnahmen vor: Wer zum ersten Mal erwischt wird, erhält einen mündlichen, danach einen schriftlichen Verweis. Beim dritten Verstoß gegen die Sprachregel muss der Delinquent zum Deutschkurs erscheinen und dafür 550 Franken bezahlen.

Rechtsprofessor Schefer kritisiert diesen Strafenkatalog: «Ein Sprachkurs kann keine Disziplinarstrafe sein.» Nur weil Kinder nicht Deutsch sprächen, heisse das noch lange nicht, dass sie auch kein Deutsch könnten. Gemeindepräsidentin Bartholdi hingegen ist überzeugt, dass alle Eltern – Schweizer wie auch Ausländer – vermehrt in die Pflicht genommen werden müssten, und das gehe nur übers Portemonnaie.

Kein Polizeidienst

Sie wolle jedoch nicht verheimlichen, dass die Lehrpersonen selbst nicht sehr begeistert seien vom Fremdsprachen-Verbot. «Wir erwarten auch keinen Polizeidienst in der Pause.» Vielmehr seien Lehrpersonen zu pragmatischem Handeln angehalten. Und auch der Gemeinderat sei lernfähig, falls sich herausstelle, dass Deutschkurse doch nicht gesetzkonform seien.

ANZEIGE

Hans-Ulrich Bigler
Direktor Schweizerischer Gewerbeverband sgV und
Nationalrat FDP Zürich

«Wir können es uns nicht leisten, die Strassenverbindung zu unseren wichtigsten Handelspartnern zu kappen. Für unsere Schweizer Unternehmen: Ja zur Gotthard-Sanierung mit der zweiten Röhre.»

gotthard-tunnel-ja.ch
gotthard tunnel sicher ja

Überparteiliches Komitee «Gotthard Tunnel sicher JA», 3001 Bern

Geplante Einführung des Lehrplans 21

Kt.	Beschluss	Zeitpunkt der Einführung
AG	geplant	Schuljahr 2020/21
AR	beschlossen	Schuljahr 2017/18
AI	geplant	Schuljahr 2018/19
BL	beschlossen	Primar 2015/16
BS	beschlossen	Schuljahr 2015/16 bis 2020/21
BE	geplant	Schuljahr 2018/19 bis 2020/21
FR	beschlossen	Schuljahr 2019/20
GL	beschlossen	Schuljahr 2017/18 bis 2021
GR	geplant	voraussichtlich Schuljahr 2018/19
LU	beschlossen	Primar 2017/18, Sekundar 2019/20
NW	beschlossen	Schuljahr 2017/18
OW	beschlossen	Schuljahr 2017/18
SH	beschlossen	Schuljahr 2018/19
SZ	beschlossen	Primar 2017/18, Sekundar 2018/19
SO	beschlossen	Schuljahr 2018/19
SG	beschlossen	Schuljahr 2017/18
TG	beschlossen	Schuljahr 2017/18
UR	beschlossen	Schuljahr 2017/18
VS	geplant	Schuljahr 2017/18
ZG	beschlossen	Schuljahr 2019/20
ZH	geplant	Schuljahr 2018/19 bis 2019/20

QUELLE: DEUTSCHSCHWEIZER ERZIEHUNGSDIREKTORENKONFERENZ
Rscannzz-hQre9